

Innovationen brauchen Freiheit – für mehr Arbeit und Wohlstand

1. Trendwende in der Innovationspolitik

Innovationen sind der Schlüssel für mehr Arbeit und Wohlstand in unserem Land: Hohe Löhne und sichere Arbeitsplätze sind dauerhaft nur möglich, wenn unsere Produkte mindestens um so viel besser sind, wie sie teurer sind. Nur durch neue Produkte und Produktionsverfahren können wir als rohstoffarmes Hochlohnland in einer globalisierten Welt unseren Wohlstand und unsere Sozialsysteme dauerhaft sichern.

Es klafft jedoch eine deutliche Lücke zwischen dem Innovationsanspruch der politischen Akteure auf der einen und der Wirklichkeit auf der anderen Seite. Zum einen sind bei **Investitionen in Forschung und Entwicklung** die Kriterien Qualität und Zukunftsgerichtetheit bisher nicht durchgehend ausschlaggebend, zum anderen gehen die Investitionen aber auch insgesamt zurück.

Waren es laut OECD 2003 noch 2,52 % des BIP, die in Deutschland in Forschung und Entwicklung investiert wurden, so waren es 2004 nur noch 2,48 %. Betrachtet man allein die F&E-Investitionen der Wirtschaft in Deutschland, so sind diese im gleichen Zeitraum ebenfalls von 1,76 auf 1,74 % gesunken. Vom **3 %-Ziel** des Lissabon-Prozesses haben wir uns weiter entfernt. Unser Land ist im weltweiten Vergleich auf den 7. Platz hinter Korea, USA, Japan, Finnland, Schweden und Israel zurückgefallen. Neue ökonomische und technologische Großmächte kündigen sich an, wie etwa Indien oder China. Mit 1,8 % in NRW und 4 % in Baden-Württemberg gibt es zudem innerhalb Deutschlands ein erhebliches Gefälle zwischen den Bundesländern.

Diese Negativbilanz wollen wir umkehren. Ziel muss es sein, dass Deutschland als größte Industrienation Europas den **Lissabon-Prozess** weiter voran treibt, wir in Europa Spitze werden bei den Ausgaben in Forschung und Entwicklung, bei wissenschaftlicher Exzellenz und bei Wachstum und Beschäftigung.

Hierzu brauchen wir eine **Trendwende in der Innovationspolitik**:

Wir brauchen **freiheitliche ordnungspolitische Rahmenbedingungen**, die den Unternehmern mehr Spielraum ermöglichen und der Wissenschaft mehr Eigenverantwortung geben. Dies fördert Kreativität und Eigeninitiative und führt zu mehr Innovations- und Risikobereitschaft der Menschen. Innovationen brauchen Freiheit.

Wir wissen, dass die Förderung von Forschung und Entwicklung nicht allein durch die Erhöhung der staatlichen Forschungsetats erreicht werden kann, sondern vor allem durch ein innovationsfreundliches Umfeld für Wirtschaft und Wissenschaft.

Wir brauchen eine **Entideologisierung der Forschungs- und Technologiepolitik** und eine Neuausrichtung auf die wichtigen Zukunftsfelder. Nur dadurch kann auch das notwendige positive Forschungs- und Innovationsklima entstehen.

Wir müssen dafür sorgen, dass Erkenntnisfortschritt und neues Wissen auch **transferiert** werden und marktfähige Innovation hervorbringen. Die Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers ist eine der zentralen Aufgaben.

Und wir müssen Schluss machen mit einer Politik, die der Illusion huldigt, Unterschiede ausgleichen zu müssen. Im Interesse einer hoch leistungsfähigen Volkswirtschaft müssen wir mutig Differenzierung zulassen. Die richtige Strategie lautet: **Stärken stärken**, Profil schärfen, Exzellenz fördern – mit einem klaren Bekenntnis zu Elite in Wissenschaft und Wirtschaft. Die Besten der Welt sollen bei uns lehren, forschen und lernen. Wir brauchen eine aktive Clusterpolitik, eine Stärkung der Netzwerke mit dem Anspruch, eine hinreichend starke kritische Masse abzubilden, um international sichtbar zu werden. Nur wenn wir Exzellenz zulassen und aktiv fördern, werden letztlich alle in der Gesellschaft davon profitieren.

2. Mehr Freiheit für kreatives Unternehmertum

Innovationen können Wertschöpfung nur entfalten, wenn Unternehmer am Ende der Innovationskette bereit sind, Produkte zu entwickeln und damit ins Risiko zu gehen. Dazu gehören die kleinen innovativen Start-Ups

Beschluss

des 59. ordentlichen Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen am 29. April 2006 in Wuppertal

genauso wie die großen forschungsintensiven Unternehmen, die rund 80 % der von der Wirtschaft getätigten Investitionen in Forschung und Entwicklung bestreiten. Um das kreative Unternehmertum zu stärken, müssen wir der **Sozialen Marktwirtschaft** wieder zum Durchbruch verhelfen: als einer Ordnung der Freiheit, der Solidarität und der Subsidiarität. So verstandene **Ordnungspolitik** setzt den Rahmen, in dem die Menschen ihre Dinge ohne staatliche Bevormundung selbst regeln. Hierzu müssen wir die Rahmenbedingungen ändern hin zu mehr Freiheit und Verantwortung.

Wir brauchen **weniger Bürokratie** und **mehr Freiheit**, eine Politik, die Freiräume für Investitionen in Wissen und Innovationen schafft. Es soll nur noch das geregelt werden, was der Regelung bedarf. Wir wollen die Bürokratielasten des Mittelstands von rund 45 Milliarden Euro halbieren mit dem Ziel, dass ein großer Teil eingesparten Mittel in Forschung und Entwicklung investiert werden kann. Hierzu müssen insbesondere Anzeige-, Aufbewahrungs- und Auskunftspflichten sowie die baurechtlichen Vorschriften auf den Prüfstand. Die Zulassung von Produkten muss deutlich beschleunigt werden. Langwierige Genehmigungsverfahren sollen wo immer möglich auf Anzeigeverfahren umgestellt werden. Neue Gesetze sind grundsätzlich darauf zu prüfen, ob sie befristet und mit einem Verfallsdatum versehen werden können. Bei Gesetzen ohne Befristung ist nach fünf Jahren festzustellen, ob ihr Fortbestand notwendig ist. Mit dem Ziel der Effizienz und Transparenz muss das E-Government weiter ausgebaut werden, um sowohl die Kommunikation zwischen Behörden und Bürgern bzw. Unternehmern, als auch die internen Abläufe zu optimieren. Dies gilt auch für den digitalen Rechtsverkehr. Weniger Bürokratie bedeutet auch, dass die EU-Kommission endlich ernst macht mit dem wiederholt angekündigten Bürokratieabbau, dass EU-Recht in Deutschland nur noch 1:1 umgesetzt wird und dass das Draufsatteln aus der Vergangenheit rückgängig gemacht wird.

Die FDP steht für ein einfaches, niedriges und gerechtes **Steuersystem**. Besonders kleine und mittelständische innovative Unternehmen leiden unter der Kompliziertheit der Unternehmensbesteuerung. Die mangelnde Neutralität des Steuerrechts führt dazu, dass steuerliche Regelungen die Wahl der Rechtsform oder der Finanzierung bestimmen. Ständige Rechtsänderungen – häufig mit rückwirkenden Auswirkungen – erschüttern das Vertrauen potenzieller Investoren in stabile Rahmenbedingungen. Steuersystematisch falsche Regelungen wie die Mindestbesteuerung müssen zurückgenommen werden. Stattdessen brauchen wir eine radikale Vereinfachung des deutschen Steuersystems: Gleichbehandlung aller Einkunftsarten, Abschaffung der Gewerbesteuer und eine Unternehmenssteuerreform, die die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen wieder herstellt.

Die FDP fordert die **Senkung der Lohnnebenkosten** durch die Abkopplung des Beitrags zur Pflege- und Krankenversicherung vom Lohn und zudem nachhaltige Strukturreformen in allen sozialen Sicherungssystemen. Insbesondere am Krankenversicherungssystem darf nicht länger herumgedoktert werden. Weder Bürgerversicherung oder Kopfpauschale noch ein schwarz-rotes Konsensmodell ist zukunftsfest. Die FDP fordert die Umsetzung des **liberalen Gesundheitsmodells**: Privater Krankenversicherungsschutz mit sozialer Absicherung für alle, zielgenau, unbürokratisch und familiengerecht.

Wir brauchen eine generelle Flexibilisierung des **Arbeitsmarktes** und den Abbau beschäftigungsfeindlicher Regelungen. Dazu gehört eine Stärkung und Deregulierung der Zeitarbeit genauso wie eine Reform des Kündigungsschutzgesetzes. Es behindert Einstellungen und verfehlt seine soziale Schutzfunktion. Es provoziert eine Vielzahl von Arbeitsgerichtsprozessen. Besonders kleinere, innovative Unternehmen scheuen sich daher neue Mitarbeiter einzustellen, obwohl sie sie brauchen und bezahlen könnten.

Wir brauchen eine Flexibilisierung des **Tarifvertragsrechts**. Die zentralisierten und starren gewerkschaftlichen Tarifverhandlungen sowie die zu hohe Besteuerung der Arbeit haben die Kosten der Arbeit für Unternehmen weit über die effektiven Löhne anwachsen lassen, die die Beschäftigten erhalten. Die starren Flächentarifverträge müssen flexibler gestaltet werden. Gesetzliche Öffnungsklauseln und eine Erweiterung des Günstigkeitsprinzips sind notwendig. Mindestlöhnen erteilen wir eine klare Absage. Die FDP fordert die Einführung eines eigenen Wissenschaftstarifvertragsrechts. Forscher lassen sich nicht in das starre Korsett der Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst zwingen. Sie brauchen mehr Flexibilität und Autonomie.

3. Mehr Freiheit für die Hochschulen

Deutschland hat gute und sehr gute Hochschulen. In internationalen Rankings sind deutsche Hochschulen jedoch kaum sichtbar. Dies hat strukturelle Gründe: Zu viel Staatsdirigismus und zu wenig Gestaltungsspielraum für die Hochschulen hat langfristige Folgen für die Qualität der akademischen

Beschluss

des 59. ordentlichen Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen am 29. April 2006 in Wuppertal

Ausbildung und die Exzellenz in der Forschung. Hinzu kommt, dass unsere Hochschulen, gemessen an ihren Studierendenzahlen, unterfinanziert sind. Das betrifft sowohl den Hochschulbau als auch die Personaletats. Die Mobilisierung von zusätzlichen Mitteln durch Studienbeiträge wurde durch die Politik jahrelang verhindert. Darüber hinaus dauert das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss im Schnitt viel zu lange. Noch immer ist der Grundsatz nicht umgesetzt, dass Hochschulen sich ihre Studenten und die Studenten ihre Hochschule selber aussuchen können. Den extrem hohen Abbrecherquoten und dem Mangel in gerade für die Innovationskraft des Landes wichtigen Fächern wie den ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen muss entschieden gegengesteuert werden.

Damit unsere Hochschulen schneller, besser und wettbewerbsfähiger werden, brauchen sie mehr Freiheit, ein Höchstmaß an **Autonomie**, Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit. Das Verhältnis von Staat und Hochschule muss auf eine völlig neue Basis gestellt werden: Der Staat muss die Fachaufsicht aufgeben und sich aus der Detailsteuerung zurückziehen. Auf der Grundlage konkreter Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit der Politik sollen die Hochschulen eigenverantwortlich ihre Strategie- und Entwicklungsplanung vornehmen. Eine leistungsorientierte Mittelvergabe führt zu einem fairen Wettbewerb um die besten Lösungen. Dazu brauchen die Hochschulen neue, starke Leitungsstrukturen mit einer klaren Aufgabenteilung. Sie brauchen Personalhoheit und eigene Haushalte mit Selbstbewirtschaftung. Sie müssen sich freimachen können aus der Jährlichkeit öffentlicher Haushalte, Vermögen bilden und Einnahmen erwirtschaften können. So sind sie finanziell in der Lage und auch gefordert, eigenverantwortlich Prioritäten zu setzen. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen können sie sich im immer härter werdenden internationalen Wettbewerb um die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, leistungsbereite Studentinnen und Studenten, zukunftssträchtige Forschungsaufträge und um exzellente Ergebnisse behaupten. Dies gilt auch für die geisteswissenschaftlichen Disziplinen, die ein Grundpfeiler unseres Wissenschaftssystems sind und bleiben sollen. Die **Exzellenzinitiative** von Bund und Ländern offenbart die Stärken und Schwächen unserer Hochschulen im nationalen Vergleich. Schon jetzt zeigt sich, dass weitere wettbewerbliche Verfahren auch für Fachhochschulen folgen sollten.

Die Hochschulen müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, damit die Abwanderung deutscher Wissenschaftler verhindert wird und aus dem Brain Drain ein **Brain Gain** wird. Dazu müssen Hochschulen befähigt werden, ausreichende Personal- und Sachbudgets bereitzustellen. Berufungsverfahren müssen internationalen Standards gerecht werden und wesentlich schneller erfolgen können. Um die Mobilität von Wissenschaftlern zu erhöhen und den Wettbewerb zu stärken, ist es erforderlich, dass europäische und internationale Regelungen zur **Übertragbarkeit von Pensionsansprüchen** gefunden werden. Darüber hinaus bedarf es differenzierter Angebote für stärker lehr- oder forschungsorientierter Wissenschaftler.

Nachwuchswissenschaftler müssen in unserem Land bessere Chancen bekommen. Zum einen dadurch, dass Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren durch einen Tenure Track die Möglichkeit einer dauerhaften Perspektive in ihrer Hochschule bekommen und zum anderen, indem sie das Angebot erhalten, in selbständigen Forschergruppen zu arbeiten, die in den Forschungsbetrieb eingebettet sind. Die international ausgerichteten **Graduiertenschulen** sollten darüber hinaus von den Hochschulen nachhaltig gefördert werden. Unsere Hochschulen sollen die besten Nachwuchswissenschaftler bekommen, damit diese hier lehren und forschen und hier ihren Beitrag zum Innovationsgeschehen leisten können. Für bessere Chancen im Wettbewerb um die besten Studentinnen und Studenten sind die Hochschulen gefordert, sich auf dem internationalen Bildungsmarkt zu positionieren. Hierfür brauchen wir exzellente bilinguale Studienangebote an den Hochschulen und ein leistungsfähiges Stipendienprogramm.

Die Hochschulen sollen die Möglichkeit erhalten, bis zu einer festgelegten Höchstgrenze nachgelagerte **Studienbeiträge** zu erheben. Die Sozialverträglichkeit wird dadurch gewährleistet, dass alle Studenten einen zinsgünstigen Kredit in Anspruch nehmen können, der nur dann zurückgezahlt werden muss, wenn nach dem Studium ein ausreichendes Einkommen erzielt wird. Die Hochschulen erhalten mit den Einnahmen aus den Studienbeiträgen die Möglichkeit, trotz der geringen Spielräume in den öffentlichen Haushalten, Studium und Lehre nachhaltig zu verbessern. Im Gegenzug muss sich die Politik verpflichten, die Höhe der jetzigen Hochschulstats von kompensatorischen Kürzungen zu verschonen und das zusätzliche Personal nicht auf die Kapazität anzurechnen.

Die **Föderalismusreform** ist die Voraussetzung für einen lebendigen Wettbewerbsföderalismus. Um Kleinstaaterei zu verhindern, sollen die Bundesländer ihre neuen Kompetenzen als Gestaltungsspielräume an die Hochschulen weitergeben. Im Ergebnis soll der Wettbewerb zwischen den einzelnen Hochschulen stehen. Zur Absicherung dieses Ziels fordert die FDP die gesetzliche Verankerung der Autonomie der

Beschluss

des 59. ordentlichen Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen am 29. April 2006 in Wuppertal

Hochschulen. Gerade auch vor dem Hintergrund steigender Studierendenzahlen in den nächsten Jahren plädiert die FDP darüber hinaus für die rasche Umsetzung eines **Hochschulpakts 2020** von Bund und Ländern. Dabei handelt es sich zum einen darum, dass der Bund im Rahmen der neuen Schwerpunktsetzung wissenschaftliche Nachwuchsgruppen stärker fördert und zusätzlich zum Pakt für Forschung einen Pakt für angewandte Forschung auflegt, an dem insbesondere die Fachhochschulen partizipieren können. Zum anderen geht es darum, den Mittelrahmen für den Hochschulbau deutlich zu erweitern. Die Mittel brauchen eine klare Zweckbindung in den jeweiligen Ländern und sollen stärker als bisher an der Anzahl der Studierenden in einem Bundesland ausgerichtet werden. Schließlich sollten Bund und Länder bei der Finanzierung eines leistungsfähigen Wissenschaftssystems weiter miteinander kooperieren dürfen.

Der **Bologna-Prozess** muss weiter zügig umgesetzt werden. Die Möglichkeit, einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss innerhalb eines kurzen Zeitraums zu absolvieren, ebnet insbesondere jungen Menschen aus bildungsferneren Schichten den Weg zur Universität. Eine Verzögerung des Prozesses im Vergleich zu den europäischen Nachbarn können wir uns nicht leisten. Stattdessen sollten wir als Motor des Prozesses wirken. Hierzu ist ein vordringliches Ziel, die aufwendige und langwierige Programmakkreditierung jedes einzelnen Studiengangs durch eine geeignete Systemakkreditierung zu ersetzen.

Der Übergang zwischen **Schule und Hochschule** muss verbessert werden. Wir brauchen einen intensiven Dialog zwischen Schule und Hochschule über die Inhalte und Anforderungen an die Studierfähigkeit. Durch zusätzliche Angebote wie Schüleruniversitäten oder Schülerlabore, wo Schule und Hochschule direkt zusammenwirken, können Schülerinnen und Schüler lernen, was sie im Studium erwartet. Es ist wichtig, die Interessen und Neigungen der Schülerinnen und Schüler frühzeitig zu finden und sie bei der Studienwahl gut zu beraten. Die extrem hohe Anzahl an Studienabbrüchen könnte darüber hinaus auch durch Vorkurse an den Universitäten reduziert werden, die in den für das Studium relevanten Fächern die schulischen Kenntnisse auffrischen. Die Abschaffung der ZVS bedeutet auch, dass die Hochschulen verstärkt gefordert sind, geeignete Auswahlkriterien und Verfahren zu entwickeln, die das Kriterium der Schulabschlussnote sinnvoll ergänzen. Für die erste Phase im Studium brauchen wir darüber hinaus auf der einen Seite mehr Betreuung durch Mentoren- und Tutorenprogramme und auf der anderen Seite klar definierte Leistungskriterien, die die neuen Studenten nachweisen müssen, um ihr Studium erfolgreich fortführen zu können. Dadurch kann die Abbrecherquote in den höheren Semestern wirksam verringert werden, was allen zugute kommt.

Der Bedarf an Ingenieuren kann derzeit nicht gedeckt werden. Gleichzeitig sinkt das Interesse junger Menschen an entsprechenden Studiengängen. Wir wollen daher mehr junge Menschen für die **ingenieurwissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Disziplinen** interessieren und sie davon überzeugen, dass sie in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik gebraucht werden. Dies sollte bereits in der Schule durch lokale Partnerschaften zwischen Schule, Hochschule und Wirtschaft beginnen.

4. Entideologisierung der Forschungs- und Technologiepolitik

Es muss Schluss gemacht werden mit der Ideologisierung der Forschungs- und Technologiepolitik. Die Blockade wichtiger Technologiefelder durch Barrieren und Denkverbote muss abgebaut werden. Die FDP steht für eine, zukunftsbejahende Forschungs- und Innovationspolitik, für ein Klima, in dem Neugier, Wissensdurst, Erkenntnisdrang und Erfindergeist gedeihen können. Wir brauchen neues Vertrauen in den Standort und mehr Chancen für zukunftssichere Arbeitsplätze.

Die Forschungs- und Technologiepolitik muss ideologiefrei auf **Zukunftsfelder** ausgerichtet werden. Das sind insbesondere die Lebenswissenschaften, die Nanotechnologie und die Informationstechnologie als wichtige Querschnittstechnologien. Hier gilt es, vorhandene Stärken konsequent zu stärken, denn Erfolge in diesen Bereichen werden auch die Wettbewerbsfähigkeit der starken Industrien in unserem Land erhöhen.

Die moderne **Biotechnologie** ist eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Hier stecken nicht nur Chancen für Wachstum und Beschäftigung, von ihr erhoffen wir uns auch, dass sie viele schwere Krankheiten lindern, heilen oder in Zukunft sogar verhindern wird. Die FDP unterstützt deshalb die Forschung mit menschlichen **Stammzellen** und fordert entsprechend dem Erkenntnisfortschritt eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen, damit die deutsche Forschung auf diesem Gebiet ihren Leistungsstandard halten und weiter ausbauen kann und international wettbewerbsfähig bleibt.

Beschluss

des 59. ordentlichen Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen am 29. April 2006 in Wuppertal

Auch die **grüne Gentechnologie** muss sich weiterentwickeln können. Sie bietet große Chancen, die Lebensqualität durch weiter verbesserte Lebensmittel und umweltverträgliche landwirtschaftliche Erzeugung nachhaltig zu verbessern. Darüber hinaus eröffnet sie neue Möglichkeiten zur Erzeugung biologischer Werk-, Kraft- und Brennstoffe und damit zur Einsparung knapper fossiler Rohstoffe. Ihre Wertschöpfungspotenziale übertreffen weltweit die der roten Biotechnologie bei weitem. Die FDP fordert daher, das Gentechnikrecht der rot-grünen Bundesregierung so zu ändern, dass unter Einhaltung der notwendigen Sicherheitsstandards Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet nicht behindert wird und der Anbau geprüfter und staatlich zugelassener Sorten, die mit Hilfe der Gentechnik gezüchtet wurden, unter praxisgerechten Bedingungen möglich wird.

Ziel einer ideologiefreien **Energieforschungs- und Energietechnologienpolitik** ist es, eine sichere, wirtschaftliche, ökologisch vertretbare und ausreichende Energieversorgung zu gewährleisten. Dabei müssen wir alle energiepolitischen Optionen in Betracht ziehen und unsere Versorgung auf eine möglichst breite Ressourcenbasis stellen. Zusätzliche Anstrengungen brauchen wir auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien, bei der Energieeinsparung und bei der Steigerung der Energieeffizienz: Moderne Kraftwerkstechnik made in Germany bietet in unserem Land und auf den Weltmärkten beste Voraussetzungen dafür, auch fossile Energieträger umweltfreundlich, ressourcenschonend und weiterhin wirtschaftlich einzusetzen. Die Investitionszusagen der Wirtschaft begrüßen wir im Grundsatz ebenso wie die geplanten Aufwendungen für die Energieforschung seitens der Bundesregierung. Wir brauchen aber auch weiterhin eine starke wissenschaftliche und technologische Expertise auf den Gebieten der Sicherheit von Kernkraftanlagen und Entsorgung. Der Weltenergieverbrauch steigt, fossile Brennstoffe werden knapper und teurer, der globale Klimawandel verschärft sich, beispielsweise wenn Asien sich der durchschnittlichen CO₂-Emissionsrate pro Kopf in Europa weiter annähert. Zudem müssen wir unabhängiger werden von Energiereserven in politisch instabilen oder schwer zugänglichen Regionen. Unser Land sollte seine hohe wissenschaftliche und technologische Kompetenz auf dem Gebiet der Kernenergie sichern und weiter ausbauen. Nur so können wir verhindern, dass sich unser Land aus der internationalen Scientific Community ausschließt, obwohl es noch über Jahrzehnte kerntechnische Anlagen nutzen wird und seine Expertise gerade auch im Ausland gefragt ist.

5. Den Wissens- und Technologietransfer stärken

Der Wissens- und Technologietransfer von den Hochschulen und Forschungsinstituten zu den Unternehmen der Wirtschaft ist kein Selbstläufer. Er muss angestoßen, moderiert und begleitet werden. Ziel ist es, Unternehmertum und Forschergeist zusammenzubringen. Die wissenschaftlichen Einrichtungen müssen sich mehr für die Interessen der Wirtschaft öffnen, der Übergang von Grundlagenforschung in die Anwendung muss besser gestaltet werden, parallele Aktivitäten zusammen geführt werden. Den Hochschulen soll es ermöglicht werden, sich an wissenschaftsnahen Unternehmen zu beteiligen und auch solche Unternehmen zu gründen. Die Marktübersicht und der Marktzugang der Wirtschaft müssen mit dem Know-how und den Forschungsergebnissen der Wissenschaft verzahnt werden. Die Hochschulen sind gefordert, sich als kompetente Ansprechpartner für die Interessen der Wirtschaft zu positionieren und durch eine gezielte strategische Planung und die Umsetzung von Kooperationsprojekten, die Einwerbung privater **Drittmittel** deutlich zu verbessern. Um mehr privates Kapital für Wissenschaft und Forschung zu mobilisieren, tritt die FDP dafür ein, **Stiftungsgründungen** zu erleichtern und zusätzlich für private Zuwendungen steuerliche Anreize zu schaffen. Darüber hinaus sollten Transfer-Plattformen entwickelt werden, die von Universitäten und Fachhochschulen gleichermaßen getragen und genutzt werden und sich insbesondere an den innovativen Mittelstand richtet. Die Steigerung des Transfers wird letztlich nur gelingen, wenn die Menschen in Wissenschaft und Wirtschaft die Interessenlagen und Möglichkeiten des anderen besser kennen lernen, z.B. durch den Austausch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Zeit, durch räumliche Nähe von innovativen Unternehmen zu den Hochschulen und durch geeignete Gesprächsplattformen. Als Zukunftsmodell für Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gelten **Campus-Company-Konzepte**, **Public Private Partnerships** und moderne **Science-to-business-Lösungen**. Damit wird eine neue Qualität der Interaktion zwischen Forschungs Kompetenzen und industrieller Umsetzung erreicht. Wir müssen erreichen, dass unser Land so exzellent aufgestellt ist, dass international ausgeschriebene Investitionsvorhaben in Forschung und Entwicklung in unser Land kommen und hier Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die mangelnde Kapitalbasis für junge Unternehmen ist eine der größten Innovationsbremsen. Die bisherigen Möglichkeiten, über **High-Tech-Gründerfonds** an Seed-Capital zu kommen, sind nicht ausreichend. Die FDP setzt sich dafür ein, dass in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eine Fonds-Initiative startet, um innovative Unternehmen in der Startphase zu unterstützen.

Beschluss

des 59. ordentlichen Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen am 29. April 2006 in Wuppertal

Die Anmeldung von **Patenten** muss sowohl beim deutschen als auch beim europäischen Patentamt schneller und günstiger werden, ohne jedoch Trivial- und Sperrpatenten Vorschub zu leisten. Angemeldete Patente müssen eine höhere Rechtssicherheit erlangen, in Europa und weltweit. Ziel muss es ein, dass insgesamt mehr Innovationen zum Patent geführt werden und hier in unserem Land zur Wertschöpfung beitragen. Im Vordergrund darf nicht ein aufwendiger administrativer Prozess stehen, sondern die Auszeichnung und die Anerkennung für den Erfinder, der das Produkt mit seinem Wissen, seiner Kreativität geschaffen hat. Geistiges Eigentum muss gestärkt werden. Es muss noch besser als bisher ermöglicht werden, dass Erfinder ihren erschaffenen Mehrwert selber wirtschaftlich verwerten und sich gegen Kopien zu Wehr setzen können. Insbesondere die Hochschulen sind gefordert, zusammen mit den Patentverwertungsorganisationen erfolgsorientierte Strategien zu erarbeiten.

6. Neuordnung der Förderpolitik

Gerade der hochinnovative Mittelstand ist auf eine transparente und effiziente **Förderpolitik** des Bundes und der Länder angewiesen. Diese muss auf den Prüfstand, gerade auch vor dem Hintergrund der defizitären öffentlichen Haushalte. Bei der Vergabe von Fördergeldern ist die Gießkanne kein taugliches Instrument. Vielmehr müssen zielgerichtete, unbürokratische Instrumente eingesetzt werden, die strikt an qualitätsorientierte, wettbewerbliche Verfahren gebunden sind. Dabei sollte die reine Zuschussfinanzierung soweit wie möglich auf Instrumente wie revolvingende Fonds, eigenkapitalverstärkende mezzanine Finanzierungen oder auch Eigenkapitalverstärkungen im Gründerbereich umgestellt werden. Die Strukturhilfemittel der **Europäischen Union** sollen so weit wie möglich nach dem Wettbewerbsprinzip vergeben werden. Strukturell benachteiligte Regionen des Landes sind auch weiterhin ein Schwerpunkt der EU-Förderung. Projekte mit der größeren Hebelwirkung bei der Mobilisierung zusätzlicher privater Investitionen und mit der besseren Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes müssen Vorrang haben.

Das **7. EU-Forschungsrahmenprogramm** und die weiteren EU-Programme müssen wir engagiert begleiten mit dem Ziel, die Rückflüsse für Forschungsaufträge durch exzellente Projektvorschläge zu erhöhen. Dabei gilt es auch Strategien zu entwickeln, wie Wissenschaftler und der Mittelstand bei der Antragstellung unterstützt werden können. Wir begrüßen, dass durch die Einigung zwischen Europäischem Parlament, Rat und Kommission ein respektablem Finanzrahmen für Forschung und Innovation geschaffen wurde. Jetzt sind Bund und Länder gefordert, ihren Beitrag zu leisten und statt wie bei der Steinkohle in die Vergangenheit, in die Zukunft zu investieren.

7. Fazit

Unser Land ist ein viel beachteter, ausgezeichnete Innovationsstandort mit ausgewiesenen Wissenschaftlern und hervorragenden Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Aber andere Länder haben aufgeholt und uns teilweise überholt. Wir wollen, dass die Innovationspolitik als Gemeinschaftsaufgabe aller politisch Verantwortlichen wahrgenommen wird. Durch mehr Freiheit für Wissenschaft und Unternehmertum, durch ein zukunftsbejahendes Innovationsklima und durch die Stärkung und Anerkennung von Exzellenz in Wissenschaft und Forschung werden wir die **Trendwende in der Innovationspolitik** schaffen. Für mehr Arbeit und Wohlstand in unserem Land.